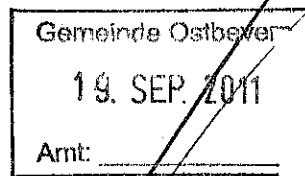


Frau Bürgermeisterin
Herren Bürgermeister
der Städte und Gemeinden
im Kreis Warendorf

sowie: Mitglieder des Kreistages



Datum
14.09.2011

Kämmerer
Dezernent I

Auskunft erteilt
Herr Dr. Funke

Zimmer
D4.42
Telefon
(02581) 538100
Fax
(02581) 5398100

E-mail
Stefan.Funke@kreis-warendorf.de

Eckdaten zum Entwurf des Kreishaushaltes 2012

Sehr geehrte Frau Bürgermeisterin Kammann,
sehr geehrte Herren Bürgermeister,

mit der Vorstellung der Eckdaten zum Kreishaushalt 2012 leite ich das **Beteiligungsverfahren** der Städte und Gemeinden bei der Aufstellung der Haushaltssatzung 2012 gem. § 55 KrO NW plangemäß ein. Nach der **Einbringung** des Kreishaushaltes im Kreistag am **21.10. d. J.** werde ich Ihnen den Entwurf der Haushaltssatzung mit Anlagen zuleiten.

Die Datenlage zum Haushalt 2012 stellt sich im Überblick wie folgt dar:

1. Externe Rahmenvorgaben und deren Auswirkungen auf die großen Ertrags- und Aufwandspositionen des Ergebnisplans

Wie im letzten Jahr warten die nordrhein-westfälischen Kommunen auch bei der aktuellen Haushaltsplanaufstellung auf die **Modellrechnungen des Landes** über die Zuweisungen aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2012 (GFG 2012). Eine erste Modellrechnung soll erst mit Einbringung des Gesetzentwurfs in den Landtag erfolgen. Hiermit ist wohl nicht vor Ende Oktober d. J. zu rechnen. Bekannt sind lediglich **Eckdaten für das GFG 2012**, in dem einige Veränderungen struktureller Art vorgenommen werden sollen. Die Auswirkungen hieraus auf die Städte und Gemeinden im Kreis und den Kreishaushalt sind derzeit noch nicht konkret bekannt. Dies erschwert die Berechnung der entsprechenden Haushaltspositionen, insbesondere der Umlagegrundlagen für den Haushalt 2012.

Ihr Zeichen

Ihre Nachricht vom

Mein Zeichen

Sprechzeiten:
8.30 – 12.00 u. 14.00 – 16.00 Uhr
freitags: 8.30 – 12.00 Uhr
oder nach Vereinbarung

Hausadresse:
Kreishaus Warendorf
Waldenburger Straße 2
48231 Warendorf

Kommunikation:
Telefon: (02581) 53 0
Fax: (02581) 53 1099
E-mail: verwaltung@kreis-warendorf.de
Internet: www.kreis-warendorf.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Münsterland Ost
BLZ 400 501 50 · Kto 2683

Sparkasse Beckum-Wadersloh
BLZ 412 500 35 · Kto 1 000 017

Volksbank Beckum
BLZ 412 600 06 · Kto 100 487 100

Postgiroamt Dortmund
BLZ 440 100 46 · Kto 225 63-462

Gleichwohl sind auf der Grundlage der vorhandenen Eckpunkte und der vom Innenministerium benannten globalen Umverteilungswirkungen vom kreisangehörigen in den kreisfreien Raum von rd. 100 Mio. € **Schätzungen** vorgenommen worden, damit die Eckdaten des Entwurfs des Kreishaushaltes Ihnen frühzeitig bekannt werden und die Einbringung des Kreishaushaltes für Ihre Etatplanungen fristgerecht erfolgen kann. Wegen der derzeit noch unsicheren Datenlage aufgrund fehlender Modellrechnungen des Landes sind **Anpassungen im Laufe der nächsten Monate** bis zum Beschluss über den Kreishaushalt am 16.12.2011 **keinesfalls ausgeschlossen**. Diese Situation ist uns nicht neu.

Für die Höhe der **Schlüsselzuweisungen des Kreises** gehe ich derzeit davon aus, dass aufgrund der gestiegenen Steuerkraft des Landes und der entsprechend um mindestens etwa 300 Mio. € höheren verteilbaren Finanzausgleichsmasse im GFG 2012 mit einer **Erhöhung** der Schlüsselzuweisungen an den Kreis Warendorf **um ca. 4 %** auf dann 28,0 Mio. € (Vorjahr 26,9 Mio. €) gerechnet werden kann.

Hinsichtlich der **Umlagegrundlagen** geht der Haushaltsplanentwurf derzeit von folgenden Erkenntnissen und Annahmen aus: Lt. der Berechnungen durch IT.NRW ist die **Steuerkraft** der Städte und Gemeinden im Kreis in der Referenzperiode für das GFG 2012 um +4,5 % im Durchschnitt angestiegen. Der Landesdurchschnitt der Steuerkraftentwicklung liegt bei +9,6 %. Die Schätzung der **Schlüsselzuweisungen der Städte und Gemeinden** erweist sich als äußerst schwierig, zumal in 2011 vier Kommunen abundant waren. Die angekündigten Strukturveränderungen im Entwurf des GFG 2012 (Anhebung des Soziallastenansatzes auf den Faktor 15,3, Erhöhung des Zentralitätsansatzes auf den Faktor 0,65, Einführung eines sog. Demografiefaktors und eines Flächenansatzes, Modifizierung des Schüleransatzes sowie Anpassung der Hauptansatzstaffel) bedeuten nach Berechnungen des Innenministeriums **eine Verschiebung von etwa 100 Mio. €** an Schlüsselzuweisungen vom ländlichen, kreisangehörigen Raum zu den kreisfreien Städten. Diese Belastung soll allerdings in 2012 einmalig durch eine sog. **Abmilderungshilfe** im Umfang von 70 Mio. € ausgeglichen werden. Hinzu kommt positiv, dass das Verteilvolumen aus dem **Steueraufkommen der Gemeinschaftssteuern** angewachsen ist. Die Modellrechnung des Landes von Anfang d.J. über die Auswirkungen einer isolierten Anhebung des Soziallastenansatzes auf den Faktor 15,3, die ein weiteres Wegbrechen der Schlüsselzuweisungen Ihrer Kommunen im Umfang von etwa 6,0 Mio. € ohne die Stadt Ahlen aufzeigte, ist inzwischen obsolet. Ahlen ist die einzige Kommune, die hiervon profitieren würde. Insgesamt kalkuliere ich die Schlüsselzuweisungen der Städte und Gemeinden derzeit lediglich **um rd. 500 T€ niedriger** als im GFG 2011 mit rd. 37,0 Mio. €.

Die Erkenntnisse über die Entwicklung der Steuerkraft und die Annahmen zur Entwicklung der kommunalen Schlüsselzuweisungen führen zu einer **Steigerung der Umlagegrundlagen um rd. 3,7 %** gegenüber dem Vorjahr. Sie liegen nach meiner Schätzung bei rd. 277,7 Mio. Einheiten. Ein Prozentpunkt Kreisumlage macht danach rd. 2,78 Mio. € aus.

Bekanntlich ist es in den letzten Jahren zu einer **Überzahlung bei der Jugendamtsumlage** gekommen, die kurzfristig wieder abzubauen ist. Bereits im Kreishaushalt 2011 ist geplant, aus den kumulierten Beträgen rd. 2,5 Mio. € aus dem allgemeinen Haushalt an den Jugendamtsbereich zurückzuerstatten. Der Entwurf des Kreishaushaltes 2012 sieht eine weitere Rückzahlung in Höhe von rd. 2,4 Mio. € vor, wodurch der Überschuss komplett abgebaut sein würde. Dieser Vorgang belastet im nächsten Jahr die allgemeine Kreisumlage zu Gunsten der Jugendamtsumlage, die um diesen Betrag geringer ausfallen kann.

Da die **Umlage an den Landschaftsverband Westfalen-Lippe** mit bisher rd. 20% einen großen Anteil an den Gesamtaufwendungen des Kreises hat, ist deren Entwicklung von besonderer Bedeutung. Hierüber liegen allerdings noch keine aktuellen Informationen vor. Die Eckdaten des LWL-Etatentwurfs werden etwa zeitgleich mit der Einbringung des Kreisetats erwartet und am 8. November d.J. mit den Mitgliedskörperschaften erörtert. Wir wissen, dass der LWL ebenfalls mit gestiegenen Umlagegrundlagen rechnen kann. So ist durch Berechnungen von IT.NRW bekannt, dass die Steuerkraft der Mitgliedskörperschaften in der Referenzperiode des GFG 2012 um +9,0% gestiegen ist. Die Entwicklung der zweiten Komponente der Umlagegrundlagen, die Schlüsselzuweisungen der Kreise und kreisfreien Städte in Westfalen-Lippe, ist noch nicht bekannt. Hier gelten dieselben Unwägbarkeiten wie beim Kreis. Des Weiteren müssten die Schlüsselzuweisungen an den LWL ansteigen, da die Steuerkraft im rheinischen Landesteil etwas stärker angestiegen ist (+10,1%) und die Verteilmasse höher ausfällt. Und schließlich verfügt der LWL noch über Ausgleichsrücklage, deren Einsatz zur Dämpfung der erneut und stetig wachsenden Sozialleistungen des LWL in den letzten Etatberatungen angekündigt wurde. Insgesamt sieht der Entwurf des Kreishaushaltes die **Konstanz des LWL-Umlagesatzes** (15,7 Prozentpunkte) vor. Dies bedeutet aufgrund der erhöhten Finanzkraft des Kreises eine **Mehrbelastung von rd. +1,7 Mio. €**. Wie in allen Jahren muss auch heute der Grundsatz gelten, dass die finanziellen Auswirkungen sowohl von Anhebungen als auch von Senkungen des LWL-Umlagesatzes in vollem Umfang über die Allgemeine Kreisumlage an

die Städte und Gemeinden weitergegeben werden, wenn nicht gleichzeitig unerwartete Kompensationen, z.B. aus dem GFG, eintreten.

2. Veränderungen im Sozialbereich

Der **Sozialhaushalt** des Kreises erfährt vom Haushaltsjahr 2012 an durch die "Option" der **Grundsicherung für Arbeitssuchende** eine weitere enorme Steigerung der Bedeutung. Zusätzlich zu den hohen Kosten der Leistungen für Unterkunft und Heizung der Empfänger von Arbeitslosengeld II (rd. 31 Mio. €) und weiterer sog. passiver Leistungen werden nunmehr auch das **Arbeitslosengeld II** selbst und das Sozialgeld zur Sicherung des Lebensunterhalts im Umfang von etwa 34,5 Mio. €, die (aktiven) Eingliederungsleistungen, die Leistungen für Bildung und Teilhabe, die Personalaufwendungen für die gut 200 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter und eine Reihe weiterer Aufwandspositionen in den Kreishaushalt überführt. Die ordentlichen Aufwendungen im Produkt Grundsicherung für Arbeitssuchende steigen um etwa 70 Mio. € oder gut 30% des Gesamtaufwandsvolumens des Kreishaushalts. Finanziert werden diese zusätzlichen Leistungen nach unterschiedlichen Kriterien und Verfahren im Wesentlichen durch den Bundeshaushalt und damit für den Kreishaushalt und die Kreisumlage neutral. Da die Überführung des früheren kameraleen Wirtschaftsplans der gemeinsamen Einrichtung Jobcenter in den NKF-Haushalt des Kreises äußerst komplex ist und noch dazu zahlreiche Positionen für 2012 zu schätzen sind, bestehen auch hier – neben den GFG-Zahlungen – derzeit **erhebliche Unsicherheiten**, die zum Teil wohl auch erst im Verlauf des nächsten Jahres nach Abrechnung mit dem Bund geklärt werden können.

Hinsichtlich der weiterhin bislang ausschließlich durch den Kreis zu finanzierenden **Leistungen der Unterkunft und Heizung** gehe ich derzeit von einem weiteren Rückgang der Zahl der Bedarfsgemeinschaften und der Hilfeempfänger im nächsten Jahr aus. Ich habe Finanzierungsmittel in Höhe von rd. 30,35 Mio. € hierfür eingeplant, mit denen im Durchschnitt des nächsten Jahres **7.950 Bedarfsgemeinschaften** bei monatlichen Durchschnittskosten von 318 € bedient werden können. Im laufenden Jahr haben wir ursprünglich mit durchschnittlich 8.200 Bedarfsgemeinschaften kalkuliert. Wir rechnen in der aktuellen Prognose für 2011 mit einer Haushaltsbelastung i.H.v. rd. 30,8 Mio. € und durchschnittlich 8.170 Bedarfsgemeinschaften. Die geplante weitere Reduzierung der Kosten ist ehrgeizig.

Erfreulich ist die Entlastung durch den Bund bei den stetig wachsenden Leistungen der **Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung**, für die sich die Kommunen seit Jahren vehement eingesetzt haben. In der ersten Stufe erhöht der Bund seine **Kostenbeteiligung**

von 15% auf 45% der Vorvorjahresleistungen. Dies entlastet den Kreishaushalt 2012 um gut 3,0 Mio. €. Allerdings muss ich für 2012 beim Aufwand erneut mit einer deutlichen Steigerung um +1,15 Mio. € (+12%) für die Leistungsempfänger außerhalb von Einrichtungen (rd. +8%) rechnen. Auch der durchschnittliche Aufwand je Fall steigt von Jahr zu Jahr.

Umso mehr ist die vollständige Kostenübernahme für diese wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe durch den Bund ab 2014 zu begrüßen, und sie ist auch überfällig. Diese Entlastung des Kreishaushalts muss dauerhaft auch Ihre städtischen und gemeindlichen Haushalte entlasten. Ich werde der Absicht der Landesregierung vehement entgegenzutreten, die dringend nötigen Entlastungen Ihrer Haushalte hieraus in Form einer sog. **Abundanzumlage** wieder zunichte zu machen und die Abschöpfung bei Ihnen mit landesweit 195 Mio. € als kommunalen Solidarbeitrag ab 2014 im **"Stärkungspakt Stadtfinanzen"** einzusetzen.

Auch bei den **Pflegekosten** des Kreises ist die kontinuierliche Steigerung der letzten Jahre nicht aufzuhalten. Die Transferaufwendungen werden voraussichtlich erneut um rd. **+750 T€** auf rd. 14,4 Mio. € im Jahr 2012 anwachsen. Der größte Mehraufwand entsteht aufgrund steigender Fallzahlen und Fallkosten mit +450 T€ (+8,6%) beim **Pflegewohngeld**, das vollstationären Dauerpflegeeinrichtungen zur Finanzierung ihrer Investitionen zu leisten ist. Der Anstieg seit 2004 liegt bei +2,2 Mio. € oder +65%.

Nennenswert ist zudem der erwartete Anstieg der **Hilfe zum Lebensunterhalt** um **+275 T€** (SGB XII) aufgrund weiter erheblich steigender Hilfeempfängerzahlen.

3. Personalhaushalt und Stellenplan

Das **Personalbudget** und der **Stellenplan** lassen sich wegen der Übernahme des Jobcenters nur mit einigen Nebenrechnungen mit den Vorjahren vergleichen. Das um das Jobcenter sowie um Rückstellungen für Pensionen und Beihilfen bereinigte Personalbudget, also das Budget der Zahlungen an und für die in 2011 Beschäftigten, steigt um knapp **+1,5%**. Dieser Satz entspricht meiner Annahme über die Tarifsteigerung im nächsten Jahr, die in Kürze von den Tarifparteien verhandelt wird. Die über 1,5% hinausgehende bereits für 2012 beschlossene Besoldungserhöhung für die Beamten im Umfang von 1,9% plus einer einmaligen Anhebung um 17 € entsprechend dem Tarifiergebnis für die Landesbeschäftigten soll durch den **Abbau von fünf weiteren Stellen** und der längeren Vakanz freierwerdender Positionen kompensiert werden. Mit der **Fortsetzung des Stellenabbaus**

strebe ich an, die bis 2014 vom Kreistag geforderte sozialverträgliche Stellenreduzierung um insgesamt 10 Stellen zu erreichen. Vom Stellenabbau ausgenommen sind ausschließlich durch Rettungsgebühren oder staatliche Zuwendungen refinanzierte Stellen.

4. Der Haushaltsausgleich 2012 mit Ausgleichsrücklage und Kreisumlage

Vor dem Hintergrund dieser Entwicklungen und Schätzungen kann der **Hebesatz der Jugendamtsumlage** um 0,4 %-Punkte auf 16,5% gesenkt werden. **Die Zahllast erhöht sich** gleichwohl aufgrund des gestiegenen Leistungs- und Kostenniveaus des Jugendamts **um rd. 0,5 Mio. €** für die zehn Kommunen.

Ich bin bereit, aufgrund der weiterhin schwierigen bis teilweise auch besorgniserregenden Lage Ihrer kommunalen Haushalte ein **hohes Defizit** im Entwurf des Kreishaushaltes 2012 einzugehen. Die positive Entwicklung der beiden Haushalte 2010 und – soweit abzusehen – 2011 ermöglichen es, Ausgleichsrücklage für den Ausgleich des Etats 2012 und in geringerem Umfang für die Jahre 2013/2014 vorzuhalten und damit Ihre Etats zu entlasten. Für 2012 plane ich das **durch Ausgleichsrücklage zu deckende Defizit mit mindestens etwa 5,0 Mio. €**. Eventuell, je nach Ergebnis des Jahresabschlusses 2011, noch verbleibende Ausgleichsrücklage im Umfang von vielleicht 3 Mio. € reserviere ich für die Folgejahre, in denen die strukturellen Verschlechterungen aus dem kommunalen Finanzausgleich 2012 für den kreisangehörigen Raum ungemildert zum Tragen kommen werden.

Der durch die Allgemeine Kreisumlage zu deckende **Finanzierungsbedarf** errechnet sich bei dem zugestandenem Defizit von mindestens 5,0 Mio. € derzeit auf rd. 104,7 Mio. €. Dies sind **gut 2,7 Mio. € weniger** als im laufenden Jahr 2011 (107,4 Mio. €). Dieser Betrag wird sich wie erläutert wahrscheinlich noch ändern.

Als **Hebesatz der Allgemeinen Kreisumlage** ergibt sich rechnerisch die Größe von **37,7%**. Gegenüber dem Nachtragsetat 2011 bedeutet dies eine **Senkung um 2,4 %-Punkte**.

Eine **weitere Entlastung** erfahren Ihre Haushalte ab dem nächsten Jahr durch die Jobcenter-Option. Der kommunale Finanzierungsanteil (KFA) an den Personal- und Sachkosten des Jobcenters wird nicht mehr von den Städten und Gemeinden im Kreis aufzubringen sein, sondern in voller Höhe über den Kreishaushalt geleistet. Er ist also im genannten Umlagebedarf enthalten. **Dieser kommunale Finanzierungsanteil** belastet Ihre Haushalte in diesem Jahr mit etwa **1,4 Mio. €**. Diese direkte Belastung **entfällt** ab dem Haushaltsjahr 2012.

5. Voraussichtlicher Sachstand des Finanzplans

Im Finanzplan des Kreises für 2012 sind investive Auszahlungen für **Baumaßnahmen** von annähernd **5,0 Mio. €** geplant. Im Straßenbau steigt der Eigenanteil des Kreises für die zahlreichen geplanten Straßen und Radwegen um gut 900 T€ auf über 3,1 Mio. € an.

Dem **Kapitalstock** zur Abfederung künftiger Pensionslasten soll der Betrag von 1,0 Mio. € zugeführt werden. Der Bestand liegt derzeit bei rd. 6,5 Mio. €.

Kreditaufnahmen sind neben einer anstehenden zinsgesicherten Umschuldung in Höhe der ordentlichen Tilgung des Kreditbestandes vorgesehen (rd. 2,56 Mio. €). So kann der Schuldenstand am Ende 2012 auf dem derzeitigen Niveau von etwa 28,6 Mio. € gehalten werden.

6. Weiteres Verfahren und Ausblick

Dieses Schreiben werde ich – wie in jedem Jahr – ebenfalls den Mitgliedern des Kreistages zur Information zukommen lassen.

Ich möchte Ihnen hiermit – obgleich selbstverständlich noch zahlreiche Annahmen in diesen Zahlen enthalten sind, die wahrscheinlich auch zu Korrekturen führen werden – bei Ihrer Haushaltsplanung frühzeitig hilfreiche Erkenntnisse über den Kreishaushalt geben.

Wir haben Gelegenheit, diese Eckdaten in der **Bürgermeisterdienstbesprechung am 28.09.2011** zu erörtern.

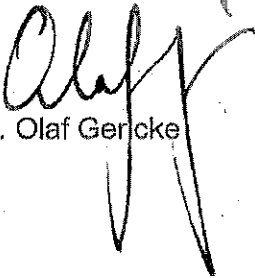
Der Kreiskämmerer steht Ihnen wie schon in den letzten Jahren zu einem Gespräch mit einigen Bürgermeistern und Kämmerern gern zur Verfügung, um diese Eckdaten und auch nähere Ausführungen zum Entwurf des Kreishaushaltes mit seinen über 300 Mio. € Volumen allein im Ergebnisplan zu diskutieren.

Ich wäre Ihnen dankbar, wenn ich Ihre **Anregungen zum Kreishaushalt 2012** möglichst zeitnah nach diesen Gesprächen, spätestens bis zum 05.10., erhalten könnte.

Nach Bekanntgabe der **langfristigen strukturellen Veränderungen im Kommunalen Finanzausgleich** und des von der Landesregierung beabsichtigten Solidarbeitrags der Kommunalen Familie für die Haushaltskonsolidierung der am höchsten verschuldeten Städte des Lan-

des im Rahmen des "**Stärkungspaktes Stadtfinanzen**" ab 2014 sehe ich die weitere Entwicklung der Schlüsselzuweisungen für unseren Raum mit **größter Sorge**. Der Landkreistag hat bereits mit guten Argumenten eine Änderung dieser Eckpunkte gefordert. Wir müssen uns gemeinsam dafür einsetzen, dass diese Belastungen nicht eintreten.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Olaf', with a long, sweeping vertical stroke extending downwards from the end of the signature.

Dr. Olaf Gericke